



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülsere Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Christian Hierneis** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Handelsabkommen ökologisch und sozial ausgestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. bei der EU-Kommission die zügige Veröffentlichung des gesamten Textes zum Mercosur-Abkommen sowie des Zeitplans zur weiteren Verhandlung einzufordern;
2. darauf hinzuwirken, dass Freihandelsabkommen, wie z. B. das Mercosur-Abkommen, nur noch verhandelt werden, wenn sie auf europäischen Standards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte basieren sowie deren Durchsetzbarkeit garantieren;
3. darauf hinzuwirken, dass Freihandelsabkommen, wie z. B. das Mercosur-Abkommen, nur noch verhandelt werden, wenn sie den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Liberalisierung und Privatisierung sicherstellen und keine Investitionsschutzklauseln enthalten, die die politischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Setzung von Schutzstandards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte einschränken;
4. darauf hinzuwirken, dass auf bundes- und europäischer Ebene keine Abkommen mehr abgeschlossen werden, die die unter 2. und 3. genannten Kriterien nicht erfüllen;
5. sich nicht an der Ratifizierung von Abkommen zu beteiligen, die die unter 2. und 3. genannten Kriterien nicht erfüllen.

Begründung:

Die Regulierung des Welthandels durch Handelsabkommen, die unnötige Handelsbeschränkungen abbauen, ist sinnvoll. Der Abbau dieser Handelsbeschränkungen darf aber nicht auf Kosten von Umwelt und Menschen erfolgen, sondern sollte vielmehr mit einem Gewinn für Mensch und Umwelt verbunden sein. Günstige Produktionsbedingungen in Drittstaaten basieren auch auf der Abwälzung von Kosten auf Natur, Klima und Menschen, indem geringere Schutzstandards gelten oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bestehen. Die Europäische Union ist daher gefordert, Handelsabkommen nicht allein mit dem Ziel der Profitmaximierung abzuschließen, sondern auch mit Standards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte zu verbinden. Entscheidend bei der Ausgestaltung der Verträge ist die tatsächliche Durchsetzbarkeit dieser Standards, sie dürfen keine Begleitprosa des Vertragstextes darstellen.

Neben Mensch und Umwelt bedrohen nur auf Profit ausgerichtete Handelsverträge durch übermäßige Investitionsschutzklauseln auch den politischen Gestaltungsspielraum, indem sie die Setzung stärker Schutzstandards in den Bereichen Umwelt, Arbeit

und Menschenrechte gefährden. Zusätzlich eröffnen sie häufig die Möglichkeit zur Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und schwächen damit den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf diese wichtige staatliche Aufgabe.

Um die Akzeptanz von Handelsverträgen zu verbessern und eine öffentliche Debatte über ihre Inhalte zu ermöglichen, ist Transparenz entscheidend. Daher fordern wir zum in Verhandlung befindlichen Mercosur-Abkommen die Veröffentlichung des gesamten Textes durch die EU-Kommission sowie die Vorlage des weiteren Zeitplans für die Verhandlungen. Mit fairen, an sozialen und ökologischen Standards orientierten Handelsverträgen kann die Europäische Union einen entscheidenden Beitrag zum Schutz unseres Klimas sowie Ökosystems leisten und zugleich die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Drittstaaten positiv beeinflussen.